

# Unsere Demokratie auf dem Weg zum Drei-Stände-Staat

Der Primat des Kapitals  
und die Zukunft  
der Gesellschaft

Anselm Stieber

## A. Zur Situation



Besondere politische Kenntnisse sind nicht erforderlich um festzustellen, dass unsere Demokratie nicht mehr funktioniert. Zu häufig und zu offensichtlich sind es demokratisch nicht legitimierte Kräfte, die den Regierenden vorgeben, was sie tun sollen.

Auf Regierungsebene ist offensichtlich das Gefühl für die wichtige Balance zwischen Legitimation einerseits und Verantwortung andererseits verlorengegangen. Selbst die Kanzlerin findet man in der Presse mit höchst undemokratischen Formulierungen. Sie müssen aufpassen, dass sie die Märkte nicht beunruhigen, sie hoffen auf eine marktkonforme Entscheidung des Deutschen Bundestages oder, sie eröffnet dem Publikum, dass es zu einer Entscheidung keine Alternative gäbe. Für die Politik sind beliebig veränderbare Zahlen wichtiger, als seriöse Projekte und deren langfristige Ziele. So hat sich die Verantwortung für die Folgen eigenen Handelns, ein Grundpfeiler unseres Rechtssystems, in dieser Demokratie in Geschwätz aufgelöst. Das gilt für die Politik und ebenso leider für weite Bereiche der Wirtschaft.

Regiert werden wir offensichtlich nicht mehr von denen, die wir gewählt haben. Am Werk sind ideenlose Technokraten, in deren viel gepriesener Wirtschaftskompetenz weder die Leitvorstellung vom Gemeinwohl, noch die fundamentale Unterscheidung zwischen Quantität und Qualität vorkommt. Die unablässige Flut von Gesetzen und Verordnungen hat nichts mit Rechtssicherheit und bürgerlicher Lebensqualität zu tun.

Wir erleben eine gefährliche Fehlentwicklung unserer Demokratie. Die gewählte Regierung wird zum Erfüllungsgehilfen demokratisch nicht legitimierter Kräfte. Die Ursachen liegen nicht im System. Sie liegen darin begründet, dass eine Demokratie ohne ein Mindestmaß an demokratischen Tugenden nicht funktionieren kann. Dieser Schwund an Tugenden hat zu einer grotesken Dominanz der geistlosen, auf Renditemaximierung reduzierten Finanzökonomie im gesamten gesellschaftlichen Raum geführt. „Einkommen ohne Leistung“ ist zur Lebensmaxime avanciert, die den Begriff „verdienen“ geradezu verhöhnt. Tugenden wie etwa Mut, Glaubwürdigkeit, Weitblick, Gerechtigkeitssinn, Redlichkeit und Bescheidenheit wurden dagegen beliebig relativiert. Dazu haben vor allem

die schwarz-gelben Parteien die Türen weit geöffnet, nicht zuletzt auch unter dem Verzicht, sich im Zuge der Wandlungen selbst weiter zu entwickeln. Formalismen haben längst Inhalte ersetzt. So ist der Staat erpressbar geworden.

## B. Aufgaben der Parteien



Gerade die Parteien, die Regierungsverantwortung tragen, hätten die Verpflichtung, die Aufgaben mit großem Ernst zu erfüllen, die ihnen als Voraussetzung für das Funktionieren der Demokratie gestellt sind. Nur so könnten sie dem Geist der Demokratie und einem hoch entwickelten Menschenbild entsprechen. Wie sieht es aus mit großen, langfristigen gesellschaftlichen Zielen, mit der Aggregation von Ideen? Wie mit der intensiven Diskussion der Themen mit den Bürgern? Wie mit der gediegenen Ausbildung von Führungsnachwuchs in unseren etablierten Parteien? Wer von unserem politischen Personal ist noch in der Lage, mit einer klugen, mitreißenden Rede die Bürger von der Notwendigkeit einer weitreichenden Entscheidung zu überzeugen? Mit Wehmut erinnert man sich an das „Mehr Demokratie wagen“ eines Willy Brandt. Ein grundsätzlicher Verzicht auf Transparenz

bei der Findung und vor allem bei der Begründung von Entscheidungen ist heute die Norm auf allen Feldern unserer Politik. Die Bürger mit ihren Interessen sind Marginalien im aufgeblasenen politischen Betrieb. Die Kommunikation mit ihnen beschränkt sich auf Sprechblasen und Unverbindlichkeiten. Dies sind zusammen mit einem kurzatmigen, medienwirksamen Aktionismus schlechte Voraussetzungen für eine anspruchsvolle Lösung unserer großen gesellschaftlichen Probleme.



© Martin Bangemann

Es kommt ein weiterer Aspekt hinzu, der auch mit einer Tugend zu tun hat. Es geht um eine Haltung, die früher als persönliches Format bezeichnet wurde. Gemeint ist der eherne Grundsatz, dass man sich nicht von dem führen lassen darf, was man führen soll. Dieser Grundsatz hat sich in sein Gegenteil verkehrt. Vertreter z. B. der Atomenergie, der Banken oder der Pharmaindustrie sitzen mit am Regierungstisch, gleich ob es um das Festlegen langfristiger Rahmenbedingungen oder um Details der Energie-, Finanz- und Gesundheitspolitik geht. Als sog. Experten und Sachverständige sind 5000 Lobbyisten an der Entstehung von Gesetzestexten beteiligt. Das Ergebnis solcher undemokratischer Kooperation ist klar. Halten sich die Unternehmen an den problemlo-

sen, da selbst gesteckten Rahmen, dann gehen alle übrigen Risiken zu Lasten des Staates, also zu Lasten des Steuerzahlers. Würde und Freiheit des Bürgers hätten anderes verdient.

### C. Der Primat der Ökonomie 🏠

Gravierend, ja desaströs ist heute die Dominanz des Kapitals. Es gibt kein politisches Feld, auf dem nicht der Einfluss des Kapitals und wirtschaftliche Interessen den Ausschlag geben. Gleichzeitig dokumentiert das die Abhängigkeit des Staates und der Parteien von Kräften, die keinen demokratischen Grundsätzen gehorchen. Die Parteien mit ihren auf das eigene Überleben verengten Interessen, ihrer Mut- und Kraftlosigkeit einerseits, sowie die Macht des Kapitals andererseits sind die zwei Seiten einer Medaille. In unserer zahlengläubigen Welt sind ein wachsendes Bruttoinlandsprodukt, positive Quartalsberichte oder nach oben zeigende Börsenkurse Grund zu Euphorie, wenn nicht die Wahrsager vom Dienst, die Analysten, vom Gegenteil orakeln. Die Macht der Ideen ist längst verblasst gegenüber der geistlosen Macht des Kapitals.

Die Abhängigkeit der Regierungen vom Kapital wird in diesen Monaten durch die sich drängenden Krisen Gipfel deutlich. Die Finanzmärkte, das heißt einige Großbanken, Versicherungen und Hedgefonds sind durch den Ankauf von Staatsanleihen nicht nur Profiteure der Staatsverschuldung, sie haben die Staaten selbst im Griff. Die ursprünglich nicht unvernünftige befristete Finanzierung von Haushaltsdefiziten über die Auflage von Staatsanleihen hat weltweit die Politiker dazu verführt, zum Schaden ihrer Bürger eine bizarre und auf normalem Wege nicht mehr abzubauen Verschuldung ihrer Länder voranzutrei-

ben. Niemand kann erklären, warum mit wachsenden Schulden und exponentiell steigender Zinslast ein jeder Vernunft zuwiderlaufendes Wirtschaftswachstum erreicht werden soll. Diese Verantwortungslosigkeit gegenüber ihrem demokratischen Auftrag bewirkt eine tiefe Zerrüttung der moralischen Grundlage unserer Demokratie. Der Begriff Euro-Rettungsschirm klingt noch einigermaßen menschenfreundlich. Mit der neuen Metapher „Brandmauer“ (IWF-Chefin Christine Lagarde) wird die Situation schon genauer beschrieben: der Bürger sitzt in einem Gebäude, in dem andere Feuer legen.

Politiker sollten zum Wohl der Bürger agieren und Schaden von ihnen abwenden. Im Gegenteil, sie lassen es zu, dass Spekulanten mit Krediten in Milliardenhöhe auf alles spekulieren, was steigt oder fällt, seien es Währungen, Staatsbonitäten, Zinsen, Ernteerträge oder Erdölförderung. Und das mit immer spitzfindiger ausgetüftelten Derivaten, die sich jeder Kontrolle entziehen. Diese Schattenmärkte als freie Märkte zu schützen grenzt an Blasphemie. Hier kulminiert der heute vorherrschende primitive, destruktive Egoismus. Gefördert von der Politik hat sich zu Lasten der produzierenden, Werte schaffenden Wirtschaft eine Schattenwirtschaft entwickeln können, die zynisch soziale Brutalität vorführt. Weit weg von der Verfolgung langfristiger, gesellschaftlicher Ziele sind die Politiker Getriebene dieser kurzfristigen, externen Interessen, eben leider weit weg auch von der Verantwortung für den Bürger, der in jedem Fall der große Verlierer ist.

Die weitaus überwiegende Zahl von Bürgern trägt über Steuern die Zinslasten der Staatsverschuldung bei gleichzeitigem Verzicht auf einen wachsenden Teil der staatlichen

Leistungen. Darüber hinaus finanzieren die Bürger mit jedem Kauf die Kosten des in die Güterherstellung investierten Fremdkapitals. Von dieser schleichenden Enteignung profitieren wiederum nur die Kapitalbesitzer, als sog. Nettozinsempfänger. Letztere, zahlenmäßig nur im einstelligen Prozentbereich der Bevölkerung, brauchen nicht unbedingt zu wählen. Sie üben ihren Einfluss auf die Politik auf andere Weise aus, über ihr Kapital.



© Martin Bangemann

Der Wähler ist politisch heimatlos geworden. So meidet schon ein Drittel der Wähler den Gang zur Wahlurne. Die restlichen zwei Drittel, auch sie ganz überwiegend wirtschaftlich abhängig und Nettozinsszahler, haben die Wahl zwischen Parteien, die alle mal weniger, mal mehr konservativ, sozial, grün, oder liberal sind. Es sind Parteien, die vor der Wahl zwei, höchstens drei aktuelle Themen haben, von denen nach der Wahl nicht mehr die Rede ist, genau so wenig, wie von den Parteiprogrammen, die sich nie im öffentlichen Diskurs bewähren müssen.

#### D. Fazit



In Folge der zunehmenden Ökonomisierung der Politik hat sich die Gemengelage unserer politischen Landschaft gewandelt. Die großen Verbände etwa, wie Kirchen und Gewerkschaften spielen kaum noch eine Rolle. Beide haben nicht im Ansatz erkannt, wo ihr Aufgaben im 21. Jahrhundert lägen. Der von den Vätern unserer Demokratie voraus-

gesetzte Pluralismus hat sich nahezu aufgelöst. Er weicht einer simplen, von ökonomischen Kriterien bestimmten Gliederung der Gesellschaft: in Nettozinsszahler und Nettozinsempfänger, moderiert von einem angepassten Parteiensystem.

Damit haben wir heute Verhältnisse vergleichbar jenen vor der französischen Revolution. Auch die Zahlenrelationen sind sich verblüffend ähnlich. Damals standen den etwa 25 Millionen Bürgern und Bauern 250.000 Vertreter des Adels und 130.000 Mitglieder des Klerus gegenüber. Die Rolle des feudalen Adels spielen heute souverän die Kapitalbesitzer. Die Vertreter und Nutznießer des politischen Systems, also die etablierten Parteien, sind an die Stelle des Klerus getreten. Weniger souverän, dafür aber in absoluter Mehrheit bilden die Bürger den dritten Stand. Dieser wird wie damals ausgenutzt, heute als wirtschaftliche Verfügungsmasse, euphemistisch als „Humankapital“ umschrieben. Bestenfalls ist es ein Arbeitsplatz, gegen den der Bürger seine Würde und Freiheit verpfändet hat.



gemeinfrei, Quelle: Wikipedia

Der Sturm auf die Bastille 1789 war der Start jener legendären Befreiung der Vielen von den Wenigen. Sollten sich die politischen Verhältnisse nicht grundlegend ändern, steht diese Befreiung erneut an.

#### E. Ausblick



Der Feudalismus hat in neuem Gewand die Herrschaft übernommen. Eine Möglichkeit, sie abzuschüttern, wäre das genannte historische Vorbild. Eine zweite bestünde in einer demokratischen Entscheidung für eine generelle Erneuerung: neue Strukturen für die Organisation des politischen Apparats, für die Artikulation und Verteilung seiner Aufgaben, eine angemessene Bürgerbeteiligung, die einer humanen Wirtschaft angepasste Rolle des Kapitals, die strikte Durchsetzung des Subsidiaritätsprinzips, sowie eine Entflechtung von Politik und Wirtschaft. Dazu einige Stichworte:

- Die Bürger müssen wieder erfahren, dass ihr Staat kein Versorgungsstaat ist, sondern dass allein sie ihn konstituieren und er somit Anspruch hat auf ihre aktive Teilhabe an den politischen Vorgängen.
- Gebraucht werden Parteien mit einer Rechtsform, die an Stelle der bislang zentrierten Ausrichtung des Vereins eine Öffnung der Pflichten hin zum Bürger vorschreibt.
- Die Finanzierung der Parteien durch Spenden und Beiträge schafft Abhängigkeiten. Da jede Partei und jeder politisch Aktive verpflichtet ist, sich für die Gesamtheit der Bürger einzusetzen, ist eine Finanzierung aus Steuermitteln hinreichend begründet.
- Politiker müssen in ihre Vorbildfunktion einem Anforderungsprofil sichtbar genügen, in dem weder Durchsetzungsvermögen noch Wohlverhalten, dagegen Klugheit, Ehrlichkeit und soziale Intelligenz hoch bewertet werden, sowie Empathie auch für jene Bürger, die sie nicht gewählt haben. Sie bekämpfen nicht den „Gegner“, sondern

überzeugen und gewinnen die Bürger.

- Der Verzicht auf Listenwahlen zu Gunsten von Persönlichkeitswahlen wäre eine Vertrauensschaffende Maßnahme und ein unabdingbarer Schritt zu mehr Öffentlichkeit der Parteien.
- Politische Ziele sind nicht a priori Ziele der Wirtschaft. Wirtschaftliche Interessen müssen sich in das Gesamtinteresse einer Gesellschaft einfügen.
- Bildung ist nicht Ausbildung zum unkritischen, marktkonformen Individuum. Sie bedeutet vielmehr Stärkung der persönlichen Fähigkeiten und Begabungen, als die großen Aktivposten unserer Gesellschaft.
- Bundes- und Landtagsabgeordnete haben gegenüber den Bürgern eine Bringschuld in Form von regelmäßigen Informationen über das politische Geschehen.
- Ein parteiinterner Verhaltenskodex muss sicherstellen, dass einem Durchregieren von oben nach unten nicht applaudiert wird. Diese Verhaltensweise ist ein Relikt aus der Feudalzeit.
- Jeder Bürger sollte das Recht auf ein bedingungsloses Grundeinkommen haben, das ihm auch eine Teilhabe am kulturellen Leben erlaubt.
- Die Besteuerung der Arbeit, ebenfalls ein Relikt aus der Feudalzeit, ist durch eine vernünftige Steuer (Verbrauchssteuer) zu ersetzen.
- Die Sozialsysteme sind den tatsächlichen demographischen Gegebenheiten anzupassen. Das bedeutet eine durch Kapital gedeckte soziale Sicherheit.
- Das Geldvermehrung als Selbstzweck, insbesondere das spekulative, ist keine Dienstleistung und damit kein Bestandteil einer soliden Wirtschaft. Die Wirtschaft hat die Aufgabe,

die Bürger mit preiswerten und qualitativ hochwertigen Gütern und Dienstleistungen zu versorgen. Alle Aktivitäten, die diese Aufgabe nicht unterstützen, sind unredlich und inhuman.

- Das Geldsystem ist von der zerstörerischen Zinseszinsdynamik zu befreien. Zinsen kann es für Kreditgeber nur zur Deckung von Verwaltungskosten, Deckung von Ausfallrisiken sowie für eine zweckgebundene Gewinnmarge geben.
- Wirtschaftszweige dürfen nicht von ihrer Eigenverantwortung durch gesetzliche Regelungen entbunden werden. Das betrifft auch ihre Verantwortung für die Umwelt.
- Preise sind ausschließlich Ergebnis einer transparenten Kalkulation, die keinen Raum lässt für jede Art der Ausbeutung wirtschaftlich Schwacher.
- Für die großen Aktiengesellschaften sind Rechtsformen zu finden, etwa die Rechtsform der Stiftung (siehe Hans Christoph Binswanger), die vor der Willkür und Renditegier der Fremdkapitalgeber schützt. Stiftungen können auf die Herstellung von Produkten ausgerichtet sein, wie jedes andere Unternehmen. Ihre Gewinne verwenden sie nur für Ersatz- bzw. für Neuinvestitionen. Betriebswirtschaftlich verfolgen sie das übliche Kostenmanagement.
- Es müssen steuerliche Anreize geschaffen werden, dass Unternehmen eine Finanzierung über hohe Anteile von Eigenkapital anstreben.
- Betriebsgrößen sind betriebswirtschaftliche Optima, nicht Ergebnisse von Beherrschungsstrategien.
- Die soziale Verpflichtung jedes Unternehmens für Mitarbeiter und Standort ist Verhaltensnorm.

## F. Schlussbetrachtung



Die nahezu totale Ausrichtung eines Staates und seiner Politik auf eine geldvermehrende Wirtschaft ist in hohem Maße inhuman. Sie bedroht die Würde des Menschen und behindert die Entwicklung von Geist und Vernunft. Durch Verzicht auf die Förderung aller Begabungen birgt sie die Gefahr des Niedergangs der Kultur.

Anstatt des „Dienstes am Kapital“ sind Würde und Freiheit des einzelnen, das Gemeinwohl, die Freiheit aller und die Verantwortung für das eigene Handeln wieder als Eckdaten im Pflichtenheft der Parteien einzusetzen. Nur so wird sich eine Fortschreibung des demokratischen Systems in eine kultivierte, postmoderne Zukunft verwirklichen lassen. Der Pluralismus muss zu neuer Blüte gebracht werden, denn eine Demokratie lebt von unterschiedlichen Interessen und Ideen. Heute reduziert sich der Pluralismus auf das Gegensatzpaar Nettozinsempfänger und Nettozinzhahler, also Kapitalbesitzer und Bürger, das von den Parteien weitgehend zu Lasten der Bürger moderiert wird. Lassen wir dieser feudalistischen Entwicklung, ihren Lauf, werden sich wieder einmal die Vielen von den Wenigen befreien müssen, dann aber wohl Europa weit.



### Zum Autor

Anselm Stieber, Diplom-Kaufmann



Der Hersbrucker war lange Jahre in Führungspositionen der Max-Planck-Gesellschaft tätig.

Während des Baus und der Inbetriebnahme der Berliner

Elektronenspeicherringanlage für Synchrotronstrahlung (BESSY I) war er administrativer Geschäftsführer und er war ehemaliger Vorstand der Christian August Gesellschaft.